

**Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 367/2002

Sitzung vom 14. Januar 2003

**54. Dringliche Anfrage (Fernbleiben von Regierungsrat
Dr. Ruedi Jeker beim Treffen Stolpe/Teufel/Leuenberger)**

Kantonsrätin Ursula Moor-Schwarz, Höri, hat am 16. Dezember 2002 folgende Anfrage eingereicht:

Am 7. Dezember 2002 fand in Basel ein Treffen zwischen dem neuen deutschen Verkehrsminister Manfred Stolpe, dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel sowie Bundesrat Moritz Leuenberger zum Thema «Neuverhandlungen Staatsvertrag» statt. Zu diesem Treffen war auch der Zürcher Volkswirtschaftsdirektor Dr. Ruedi Jeker eingeladen. Gemäss Medienberichten hatte er sich für dieses Gespräch ohne guten Grund dispensiert. Bundesrat Moritz Leuenberger wird dazu im «Tages-Anzeiger» vom 13. Dezember 2002 wie folgt zitiert: «Ich hätte es begrüsst, wenn auch die eingeladenen Vertreter des Kantons Zürich gekommen wären. Sie hätten es tun können, aber sie haben es vorgezogen, nicht zu kommen.» In der Sonntagspresse wird kolportiert, Regierungsrat Dr. Ruedi Jeker habe sich dahingehend hinausgeredet, er habe kein Mandat des Regierungsrates zur Teilnahme an diesem Treffen gehabt. Die nächsten Gespräche von Bundesrat Moritz Leuenberger mit deutschen Regierungsvertretern sollen bereits im Januar 2003 stattfinden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat höflich um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Trifft es zu, dass Regierungsrat Dr. Ruedi Jeker zum Treffen Stolpe/Teufel/Leuenberger eingeladen war?
2. Trifft es zu, dass Regierungsrat Dr. Ruedi Jeker diesem Treffen ferngeblieben ist?
3. Aus welchem Grund ist Regierungsrat Dr. Ruedi Jeker diesem Treffen ferngeblieben?
4. Wäre dazu ein spezielles Mandat des Regierungsrates erforderlich gewesen?
5. Hat sich Regierungsrat Dr. Ruedi Jeker, der offenbar die Auffassung vertritt, er müsse zur Betreuung seiner Kerndossiers jeweils noch eigens mandatiert werden, um ein solches Mandat bemüht?
6. Wie wird Regierungsrat Dr. Ruedi Jeker die vitalen Interessen der Zürcher Bevölkerung bei den im Januar 2003 zwischen schweizerischen und deutschen Regierungsvertretern stattfindenden Gesprächen vertreten?

7. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, der Flughafen Zürich und die Fragen um den Staatsvertrag mit Deutschland seien das wichtigste Dossier des Volkswirtschaftsdirektors und Vizepräsidenten des Verwaltungsrates der Unique Zurich Airport AG, Dr. Ruedi Jeker?
8. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, damit das Dossier «Flughafen Zürich / Staatsvertrag» seiner immensen volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechend betreut wird?

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die dringliche Anfrage Ursula Moor-Schwarz, Höri, wird wie folgt beantwortet:

Das Dossier Luftverkehr, darin eingeschlossen die Schwerpunkte Flughafen Zürich und der Staatsvertrag mit Deutschland, ist für den Kanton Zürich und damit für die Volkswirtschaftsdirektion und den Regierungsrat von grösster Wichtigkeit. Die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung des Luftverkehrs für den Standort Zürich einerseits, die Belastungen der Bevölkerung insbesondere durch den Fluglärm andererseits sowie die Tatsache, dass sich die daraus ergebenden Interessensgegensätze grundsätzlich nur schwer auszugleichen sind, unterstreichen den besonderen Stellenwert des Dossiers Luftverkehr. Der Regierungsrat lehnt – wie auch der Kantonsrat (vgl. das am 6. Mai 2002 überwiesene dringliche Postulat KR-Nr. 91/2002) – den Staatsvertrag mit dem vorliegenden Inhalt ab, weil er sowohl die Zürcher und weite Teile der Schweizer Bevölkerung gegenüber den süddeutschen Einwohnerinnen und Einwohnern diskriminiert als auch den Flughafen Zürich und die schweizerische Zivilluftfahrt in ihrer betrieblichen und wirtschaftlichen Entwicklung behindert.

Volkswirtschaftsdirektor Dr. Ruedi Jeker ist vom Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr und Kommunikation, Bundesrat Moritz Leuenberger, am Freitagnachmittag, 6. Dezember 2002 telefonisch eingeladen worden, kurzfristig, d. h. am Samstag, 7. Dezember 2002, an einem ersten, allgemeinen Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Manfred Stolpe und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel teilzunehmen. Der Entscheid des Ständerates über die Ratifizierung des Staatsvertrags war für den 11. bzw. 12. Dezember 2002 vorgesehen. Was konkret Gesprächsgegenstand hätte sein sollen zwischen den Verkehrsministern der Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland, die beide den Staatsvertrag befürworteten, war im Vorfeld des Entscheides des Ständerates über den Staatsvertrag unklar. Der Volkswirtschaftsdirektor hielt daher

eine vorgängige Meinungsbildung des Regierungskollegiums im Interesse der Zürcher Bevölkerung für die Frage notwendig, ob und mit welchen verhandlungstechnischen Positionen der Regierungsrat in die Verhandlungen bzw. in die jetzt bevorstehenden Sondierungsgesprächen eintreten sollte.

Aus diesen Gründen hat der Volkswirtschaftsdirektor auf eine Teilnahme am besagten Treffen verzichtet. Er wird jedoch an den künftigen offiziellen Verhandlungen bzw. Sondiergesprächen zwischen den beiden Verkehrsministern teilnehmen. Angesichts der grossen politischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung dieses Geschäfts werden die Positionen des Volkswirtschaftsdirektors in Gesprächen oder Verhandlungen über materielle Punkte des Staatsvertrags auch in Zukunft eng mit dem Regierungsrat abzusprechen sein. Die Beseitigung der Diskriminierung unserer Bevölkerung und der Wettbewerbsbeschränkungen für den Flughafen Zürich und die schweizerische Zivilluftfahrt müssen vorrangiges Verhandlungsziel sein.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Volkswirtschaftsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi